

## **Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen**



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.01.2025  
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

### **Antragstext**

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde aller Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken,
- 5 rechtsstaatlichen Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.
  
- 6 Demokratie geht von den Bürger\*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt Rechtsstaatlichkeit und
- 8 Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten und von individuellen Freiheitsrechten
- 9 sowie freier Wettbewerb um die beste Idee und Lösung - und hat deshalb die Kraft
- 10 zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden Probleme zu lösen. Sie lebt von
- 11 gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt, von der Kompromiss – und
- 12 Koalitionsbereitschaft unter Demokrat\*innen. Im Angesicht der Bedrohungen für
- 13 unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere
- 14 demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie stärken heißt, sie nach
- 15 innen lebendig und repräsentativ zu halten. Demokratie stärken heißt, jetzt die
- 16 drängenden Zukunftsfragen anzugehen. Demokratie stärken heißt,
- 17 Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeind\*innen und Angriffe auf die Integrität
- 18 von Wahlen, unsere Werte und Institutionen zu bilden.
  
- 19 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 20 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 21 streitbar unter Demokrat\*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 22 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 23 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.
  
- 24 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 25 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 26 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 27 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 28 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist\*innen und einen starken
- 29 Bevölkerungsschutz.
  
- 30 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 31 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 32 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 33 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 34 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe

35 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.  
36 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie  
37 Russland oder China. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche und  
38 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

39 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische  
40 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.  
41 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
42 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
43 Demokratie. Die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln  
44 über Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und  
45 reformieren. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür  
46 besondere Verantwortung.

47 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und  
48 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die  
49 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische  
50 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff gegen Israel, der  
51 Krieg in Nahost, humanitäre Notlagen wie in Gaza, im Sudan oder in Afghanistan,  
52 aber auch die Klimakrise erfordern höchste Aufmerksamkeit und entschlossenes  
53 Handeln. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für die  
54 internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen wir  
55 Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen  
56 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten  
57 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden. Wir  
58 stehen an der Seite der Menschen, die sich weltweit für Frieden, Demokratie,  
59 Menschenrechte und eine lebenswerte Welt einsetzen.

60 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die  
61 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,  
62 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem  
63 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.  
64 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und  
65 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die  
66 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe  
67 und Selbstbestimmung.

## 68 **A. Eine lebendige Demokratie**

### 69 **Für demokratischen Zusammenhalt**

70 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in  
71 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder  
72 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in  
73 Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen  
74 kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören auch kulturelle Einrichtungen wie  
75 Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die Raum für neue Begegnungen und  
76 gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben. Geschäfte und Gastronomie sind

77 ebenso ein Teil davon: Wir wollen diese Orte deshalb im Gewerbemietrecht vor  
78 Verdrängung schützen. Öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen,  
79 weil sie unabhängig ihrer finanziellen Situation Zugang haben und sich  
80 wohlfühlen, dienen dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darum sorgen wir dafür,  
81 dass Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur funktional und sauber, sondern für  
82 alle Menschen sicher und barrierefrei zugänglich sind.

83 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und  
84 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal  
85 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.  
86 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung  
87 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und  
88 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern  
89 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von  
90 Journalist\*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –  
91 auch durch gemeinnützige Ansätze, die wir in die Abgabenordnung mit aufnehmen  
92 möchten. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf attraktiver und sicherer,  
93 um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

94 Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände,  
95 stellen eine wichtige Säule unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts  
96 dar. Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und  
97 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch  
98 Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch  
99 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe.  
100 Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es  
101 unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

102 Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum  
103 Beispiel Alevit\*innen und Jesid\*innen, vor Anfeindungen.

#### 104 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

105 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere  
106 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte und dafür,  
107 dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft erwächst. Ein guter  
108 Geschichtsunterricht an den Schulen stärkt das Fundament unserer Demokratie.

109 Wir pflegen unsere Erinnerungsorte – diejenigen, die das Menschheitsverbrechen  
110 der Shoah bezeugen. Und diejenigen, die von demokratischen Aufbrüchen und  
111 bürgerschaftlichem Mut berichten.

112 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!  
113 Deswegen wollen wir die KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln für den  
114 Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige  
115 Begleitung und Gedenkveranstaltungen ausstatten. Die Dokumente der Zentralen  
116 Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der  
117 Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in  
118 Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und  
119 nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug\*innen sind Gedenkstätten wichtige

120 Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und  
121 kommende Generationen.

122 Deswegen wollen wir allen Schüler\*innen ermöglichen, einmal in ihrer Schulzeit  
123 eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch finanziell unterstützen.

124 Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen  
125 Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir intensivieren  
126 auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden  
127 historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir  
128 explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die NS-Verbrechen  
129 gegenüber Menschen mit Behinderung werden wir weiter aufarbeiten, die Opfer  
130 anerkennen und angemessen entschädigen. "Nie wieder" muss heißen: Verantwortung  
131 zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

132

133 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der  
134 Einwanderungsgesellschaft öffnen und tragen dem bei der Konzeption der  
135 erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.

136 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen.  
137 Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie bspw.  
138 "Jugend erinnert" sollen verstetigt werden. Wir stehen zur Realisierung des  
139 geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche  
140 Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“. Die  
141 Auseinandersetzung mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR verübten  
142 Unrecht werden wir konsequent fortführen und die Realisierung des Mahnmals für  
143 die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie des Archivzentrums SED-Diktatur  
144 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute unter den Folgen der  
145 Repression und benötigen besonders im Bereich der gesundheitlichen Folgeschäden  
146 bessere Anerkennungsbedingungen. Auch für die Rehabilitation und  
147 Anspruchsberechtigung der Opfer des DDR-Doping-Systems setzen wir uns ein.

148 Gleichzeitig erinnern wir uns an den Mut und das Engagement der Bürger\*innen,  
149 die 1989 mit der Friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur und den  
150 demokratischen Neuanfang in einem vereinten Deutschland im Herzen Europas  
151 ermöglicht haben. Wir unterstützen die Einrichtung des "Forum Opposition und  
152 Widerstand 1945-1990" und des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und  
153 Europäische Transformation in Halle als Orte des Austausches, der Forschung und  
154 der Aufarbeitung zur Stärkung eines gemeinsamen europäischen Verständnisses von  
155 Freiheit und Demokratie.

156 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen  
157 Kolonialvergangenheit, insbesondere des Völkermords an den Herero und Nama, im  
158 Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben. Diesen Prozess wollen wir  
159 weiterführen und ihn durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler  
160 Initiativen in die Gesellschaft tragen. Wir wollen bei Provenienzforschung und  
161 der Rückführung von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus kolonialem  
162 Kontext die angemessene Beteiligung der Herkunftsgesellschaften und die  
163 Übernahme von mit der Rückgabe verbundenen Kosten gewährleisten. Gegen den  
164 fortbestehenden Handel mit menschlichen Überresten, v.a. aus kolonialen

165 Kontexten, wollen wir vorgehen. Wir wollen prüfen, wie wir mit Unrechtsurteilen  
166 der deutschen Kolonialjustiz umgehen können.

167 Die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt und gruppenbezogener  
168 Menschenfeindlichkeit, wie bspw. in Hanau und durch den NSU ist für unsere  
169 demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb sichern wir die  
170 Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte  
171 Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

172 Gleichzeitig leben in Deutschland Menschen mit Erfahrungen von Flucht,  
173 Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Auch dies ist ein Teil der  
174 deutschen Erinnerungskultur.

## 175 **Für handlungsfähige Kommunen**

176 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu  
177 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen  
178 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger\*innen verlässliche öffentliche  
179 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe  
180 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft  
181 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

182 Für starke Kommunen braucht es viele gut ausgebildete Verwaltungsangestellte. Um  
183 hier einen Fachkräftemangel abzuwenden braucht es moderne Strukturen und faire  
184 Löhne im öffentlichen Dienst.

185 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu  
186 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,  
187 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Jugendclubs,  
188 Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro.  
189 Durch eine auskömmlichere Finanzierung der Kommunen und den Deutschlandfonds  
190 geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen  
191 Investitionen zu finanzieren. Wir wollen, dass Teilhabe für alle Menschen zur  
192 Regel wird.

193 Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben,  
194 sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender  
195 Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen  
196 wir uns für einen von Bund und Ländern finanzierten Altschuldenfonds ein. Wir  
197 werden dabei auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigen, die  
198 durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind.

199 An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von  
200 Rettungsdiensten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten oder  
201 beispielsweise der Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern  
202 übernommen werden - mit steigenden Kosten für solche Pflichtaufgaben der  
203 öffentlichen Daseinsvorsorge muss folglich auch die Finanzausstattung für die  
204 Kommunen steigen.

205 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die  
206 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von  
207 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.

208 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der  
209 Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden reduzieren und die verbleibenden  
210 weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. In diesem Sinne und für  
211 mehr Transparenz bauen wir die Förderdatenbank weiter aus. Wir stellen den  
212 Kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken weiter die so  
213 genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gleichwertigkeit,  
214 entlasten die Verwaltung und steigern die Möglichkeiten vor Ort.

215 Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder  
216 der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische  
217 Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir Kommunen wo möglich  
218 dabei, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen und  
219 ein sicheres Investitionsumfeld für kommunale Energieversorger zu schaffen.

220 Wir wollen die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zeitnah abschließen.

## 221 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

222 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige  
223 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von  
224 Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht  
225 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch  
226 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir  
227 unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen ist eine  
228 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite  
229 Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme  
230 wie "Demokratie leben!" finanziell stärken und dauerhaft mit einem  
231 Demokratiefördergesetz absichern.

232 Zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sieht unser Grundgesetz  
233 vor, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam,  
234 die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das  
235 Bundesverfassungsgericht beantragen können. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und  
236 die Bundesregierung auf, aus ihren Erkenntnissen parteiübergreifend Konsequenzen  
237 zu ziehen und zügig auf einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
238 der AfD hinzuwirken.

239 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,  
240 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und  
241 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,  
242 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als  
243 auch im Internet stärker geahndet werden. Wir prüfen geeignete Maßnahmen, wie  
244 zum Beispiel eine Reform der Impressumspflicht und die dortige Offenlegung der  
245 Wohnanschrift, um Menschen vor Nachstellungen und Stalking besser zu schützen.  
246 Wir schützen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Angriffen, denn sie sind  
247 ein hohes Gut.

248 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender  
249 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für  
250 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

251 Unparteilichkeit stärken und absichern wollen. Wir brauchen auch bundesweit mehr  
252 Anstrengungen, um die Medienkompetenzen und den kritischen Umgang der  
253 Bürger\*innen mit digitalen Inhalten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu  
254 stärken.

255 Auch die politischen Stiftungen liefern einen wichtigen Beitrag für die  
256 politische Bildungsarbeit in unserer pluralen Demokratie, soweit sie auf dem  
257 gemeinsamen Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen.

258 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern unsere Demokratie bereits heute  
259 vielfältig auf kommunaler und Landesebene. Mit Bürgerräten besteht die  
260 Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert\*innen des Alltags“ in einem  
261 repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich  
262 abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen  
263 Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer  
264 Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und  
265 stärken.

266 Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit  
267 haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen  
268 gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger\*innen  
269 wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.

270 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das  
271 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und  
272 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen  
273 für ein starkes Parlament, eine Stärkung der parlamentarischen Verfahren und  
274 konstruktive Kompromissfindung, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.  
275 Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen wir transparenter gestalten  
276 und Lobbytreffen der Regierung wie in der Europäischen Kommission sichtbar  
277 machen. Dabei setzen wir uns für unabhängige Kontrollen ein, um Transparenz und  
278 Integrität zu stärken. Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel  
279 öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Es gibt Regeln für Parteispenden  
280 oder politischer Werbung im Fernsehen und Radio. Es gibt solche Regeln auch im  
281 Digitalen, die wir zum Schutz unserer Demokratie durchsetzen wollen. Wir sorgen  
282 dafür, dass diese Deckelung auch durch die Besitzer sehr großer Online-  
283 Plattformen nicht umgehbar ist. Es braucht klare Grenzen, wie viel Einfluss ein  
284 Einzelner nehmen darf. Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen  
285 jährlichen Höchstbetrag deckeln und weitere Maßnahmen prüfen, um Schlupflöcher  
286 zu schließen. Hierfür nehmen wir insbesondere Auslandsspenden in den Blick.

287 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer  
288 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch  
289 für diese Organisationen gelten.

290 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das  
291 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

## 292 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

293 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie  
294 engagieren sich im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, organisieren  
295 Kulturveranstaltungen oder unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen  
296 sich ehrenamtlich in die Freiwillige Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen ein.  
297 Sie unterstützen Geflüchtete. Viele junge Menschen entscheiden sich, ein Jahr  
298 ihres Lebens nach der Schule zu ihrer persönlichen Entwicklung zu nutzen und in  
299 den Dienst von Gesellschaft und Umwelt zu stellen.

300 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst  
301 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische  
302 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und  
303 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,  
304 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement  
305 verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln  
306 prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir  
307 eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und  
308 Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
309 zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für  
310 Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen  
311 verbessern.

312 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im  
313 Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren.  
314 Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im  
315 Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen  
316 auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese  
317 Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten  
318 schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende  
319 Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein  
320 vergünstigtes Deutschlandticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden  
321 kann.

322 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre  
323 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir  
324 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass  
325 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen  
326 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch  
327 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen  
328 Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht  
329 gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und  
330 institutionell unterstützen.

## 331 **Für Sport, der verbindet**

332 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.  
333 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale



334 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der  
335 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

336 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische  
337 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern  
338 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte ein fester  
339 Bestandteil der Sportpolitik sind. Den Nachhaltigkeitszielen wollen wir auch  
340 dadurch Rechnung tragen, dass wir bereits vorhandene Sportstätten in die  
341 Bewerbung einbeziehen und neu zu bauende für die Öffentlichkeit nutzbar machen.  
342 Diejenigen, die von der Ausrichtung der Olympischen Spiele finanziell  
343 profitieren, sollen auf die Erträge Steuern zahlen und die für Veranstaltungen  
344 üblichen kommunalen Gebühren entrichten.

345

346 Wir wollen mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen  
347 Sportverbänden vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

348 Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern  
349 ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend.  
350 Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben  
351 können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die  
352 Schwimmausbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das  
353 Training vor Ort.

354

355 Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer  
356 Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick.  
357 Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay. Mit einer  
358 nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von  
359 Leistungssportler\*innen für Olympische und Paralympische Spiele sowie  
360 vergleichbare Wettbewerbe gleichermaßen verbessern und die Mittelvergabe  
361 transparenter gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet  
362 und als gemeinnützig anerkannt wird.

363 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen  
364 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

365 Fans sind essenziell. Deswegen stärken wir Fanprojekte, reformieren  
366 intransparente Datensammlungen und weiten das Bundesprogramm gegen  
367 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit aus.

### 368 **Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat**

369 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,  
370 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die  
371 Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter\*innen und  
372 Staatsanwält\*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene  
373 Digitalisierung der Justiz.

374 Damit Rechtsschutz für alle offen steht, braucht es niedrighschwellige Zugänge  
375 zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive  
376 juristische Ausbildung. Die bisher schon eingeführten Reformen, wie zum Beispiel

377 den integrierten juristischen Bachelor, unterstützen wir und schaffen einen  
378 bundesgesetzlichen Rahmen, der die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die  
379 Resilienz des Rechtsstaats wie auch die Entwicklung der juristischen Berufe  
380 durch Legal Tech in den Blick nimmt.

381 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den  
382 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein  
383 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von  
384 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass  
385 mehrere Kläger\*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.  
386 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren  
387 entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter  
388 erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr  
389 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder  
390 spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen.  
391 Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges  
392 Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dem wollen wir konsequent mit  
393 der Stärkung des Umweltstrafrechts und einem Nationalen Aktionsplan begegnen..

394 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte  
395 oder Zeug\*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

396 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir  
397 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält\*innen transparent ausgestalten.  
398 **Nebeneinkünfte von Bundesrichter\*innen sollen - wie schon jetzt beim**  
399 **Bundesverfassungsgericht - auch bei allen anderen obersten Bundesgerichten**  
400 **veröffentlicht werden.** Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein.  
401 Eine gute Justiz muss auch widerstandsfähig gegen Verfassungsfeind\*innen sein.  
402 Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor  
403 Verfassungsfeind\*innen geschützt ist.

404 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht  
405 zahlen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu  
406 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des  
407 Strafrechts geregelt werden können. Wir wollen, dass vor Einleitung einer  
408 Erstattfreiheitsstrafe die Ursache der Nichtzahlung und Alternativen stärker  
409 betrachtet werden.

410 Eine starke Anwaltschaft ist Fundament eines stabilen Rechtsstaats und der  
411 Bürger\*innenrechte. Wir werden auch zukünftig sicherstellen, dass jeder Mensch  
412 der in Haft genommen wird anwaltlichen Beistand bekommt.

413 Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich anerkannten  
414 Sozialarbeiter\*innen und Klient\*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die  
415 Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts prüfen.

416 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür  
417 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der  
418 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und  
419 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

## 420 Für digitale Bürger\*innenrechte

421 Freiheitsrechte und Bürger\*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt  
422 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)  
423 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer  
424 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen  
425 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu  
426 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen  
427 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst  
428 unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

429 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.  
430 Ihre Grenzen findet sie, wenn Desinformation sich unkontrolliert ausbreitet, und  
431 wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder Volksverhetzung erfüllt sind. Diese  
432 müssen konsequent gelöscht und entsprechende Accounts, schneller gesperrt  
433 werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die  
434 Rechte der Nutzer\*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit  
435 belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie  
436 gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke  
437 ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten.  
438 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben  
439 wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine  
440 konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa  
441 und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente  
442 Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz  
443 beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt  
444 werden.

445 Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um  
446 effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und  
447 in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.

448 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.  
449 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf zielgerichtete  
450 Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Gerade im  
451 digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden  
452 Instrumenten, wie dem Quick-Freeze-Verfahren, konsequent ausbauen. Instrumente  
453 der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen, Chatkontrolle  
454 oder die biometrische Erfassung im öffentlichen Raum, lehnen wir ab. Die  
455 Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir bei der Evaluierung  
456 bestehender und bei der Einführung neuer Befugnisse berücksichtigen und  
457 evidenzbasiert und ausgewogenen durch Expert\*innen bewerten lassen.  
458 Wir wollen KI-gestützte Analyseinstrumente der Polizei für die Strafverfolgung  
459 unter Einhaltung aller datenschutzrechtlicher Vorgaben stärker nutzbar machen.  
460 Unser Ziel ist es rechtmäßig erhobene polizeiliche Daten durch automatisierte  
461 Analyse, unter Einhaltung der Zweckbindung, schneller und effektiver miteinander  
462 zu verknüpfen. Es muss jederzeit klar sein, wozu welche Daten verwendet werden.  
463 Dabei setzen wir neben transparenten Verfahren auch auf regelmäßige Datenschutz-  
464 Audits, außerdem muss die Datenhoheit bei der Behörde liegen.

## 465 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

466 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.  
467 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt  
468 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Diskriminierung überwinden,  
469 denn sie schwächt unseren Zusammenhalt.

470 Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei  
471 der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das  
472 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen,  
473 Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein  
474 Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.. Dazu gehört auch der Schutz  
475 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt  
476 gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die  
477 Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass  
478 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut  
479 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen  
480 gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir  
481 eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der  
482 Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und  
483 Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker  
484 verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für  
485 gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum  
486 Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu  
487 Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen  
488 Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren  
489 Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete  
490 Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker  
491 fördern. Zudem wollen wir die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer  
492 Herkunft auch in Deutschland aktiv vorantreiben, Bildungsprojekte fördern und  
493 die politische Teilhabe Schwarzer Menschen stärken.

494 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer  
495 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in  
496 Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel  
497 am 7. Oktober steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns  
498 deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz  
499 jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

500 Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir  
501 weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und  
502 sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden.  
503 Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des  
504 Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine  
505 Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige  
506 menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung  
507 einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat  
508 komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende  
509 Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht, und die

510 Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische  
511 Gegenwartsforschung.  
512 Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die  
513 Benachteiligung jüdischer Einwander\*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-  
514 )Aussiedler\*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

515 Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen  
516 Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim\*innen und  
517 muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die  
518 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir  
519 wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche  
520 Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden.  
521 Die Imam\*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die  
522 Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islamkonferenz  
523 weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale  
524 muslimische Vertretungen einbinden.

525 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der  
526 Expertenkommission Antiziganismus weiter konsequent umsetzen und einen  
527 Staatsvertrag mit der Minderheit auf Bundesebene schließen. Antiziganistische  
528 Vorfälle müssen bundesweit erfasst und verfolgt werden. Deshalb sichern wir die  
529 Förderung der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle rechtlich ab. Wir setzen  
530 uns weiterhin für eine breitere Anerkennung des 2. August als Europäischen  
531 Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma ein.

532

533 Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sind ein  
534 unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität unseres Landes.  
535 Wir setzen uns weiterhin für die Förderung ihrer Kultur, Sprache und ihrer  
536 Sichtbarkeit in der Gesellschaft ein,  
537 sichern ihre Einrichtungen langfristig finanziell ab und stärken ihre  
538 institutionelle Verankerung auf Bundesebene. Wir stärken zudem die nationalen  
539 Minderheiten im Ausland.

540 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch durch verbindliche Maßnahmen in  
541 all ihren Institutionen angemessen widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb unter  
542 anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl  
543 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent  
544 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Wir wollen,  
545 dass Einstellungs- und Beförderungspraxis diskriminierungsensibel gestaltet  
546 werden. Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken  
547 wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.

## 548 **Für Frauenrechte**

549 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,  
550 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also  
551 intersektional ist und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur  
552 wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft  
553 werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte

554 stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir  
555 wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer  
556 adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

557 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das  
558 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.  
559 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als  
560 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher  
561 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine  
562 geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere  
563 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige  
564 Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht zu Hause:  
565 Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im Alltag sind sie  
566 aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt bedroht.

567 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer  
568 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen  
569 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung  
570 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,  
571 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen  
572 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren  
573 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und  
574 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie  
575 Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von  
576 häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch  
577 z.B. durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen  
578 brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive  
579 anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.

580 Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und  
581 Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat  
582 für Häusliche Gewalt hilfreich sein.

583 Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für  
584 den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte  
585 festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen,  
586 den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte  
587 Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von  
588 Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Zudem prüfen wir, ob das geltende  
589 Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt  
590 werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können. Auch der Einsatz von KO-  
591 Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als  
592 strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.  
593 Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte  
594 Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei  
595 der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen  
596 setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten  
597 Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat  
598 darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere

599 Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die  
600 Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden  
601 kann. Wir wollen das geltende Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung  
602 reformieren.

603 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht  
604 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende  
605 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren  
606 Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen  
607 eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht  
608 leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.  
609 Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur Verlängerung der  
610 Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation  
611 von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im  
612 Einzelfall berücksichtigt werden.

613 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende  
614 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.  
615 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir  
616 stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution  
617 aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen  
618 menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der  
619 Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen  
620 Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln. Opfer von Menschenhandel sollen ein  
621 sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im  
622 Strafverfahren.

623  
624 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter\*innen werden wir  
625 menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie  
626 nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in  
627 prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade  
628 beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten  
629 müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die  
630 Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene  
631 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der  
632 Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des  
633 Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie  
634 Betroffene und Expert\*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen  
635 beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der  
636 Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu  
637 kriminalisieren.

### 638 **Für Selbstbestimmung**

639 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der  
640 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in  
641 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und  
642 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in

643 Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des  
644 Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in  
645 Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu  
646 Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung  
647 der Ziele einführen.

648 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten  
649 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen  
650 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte  
651 Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in §218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert  
652 sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend  
653 den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in  
654 der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die  
655 mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein,  
656 dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein  
657 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft  
658 garantiert ist. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch  
659 lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff  
660 möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für  
661 Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den  
662 Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden. Wir  
663 wollen das Stillen in der Öffentlichkeit in Deutschland grundsätzlich erlauben  
664 und schaffen dazu die gesetzliche Grundlage.

665 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes  
666 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen  
667 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit,  
668 einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.  
669 Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der  
670 Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend  
671 zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und  
672 bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

673

674 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch trans\*, inter und nicht-binäre Personen in  
675 den Blick.

## 676 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

677 Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt leben zu können. Politik  
678 muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi,  
679 trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) zunehmende Gewalt und  
680 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das  
681 Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für  
682 die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein.

683 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan  
684 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur  
685 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel  
686 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir



687 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und  
688 geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und  
689 Hasskriminalität gegen LSBTIQ\* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die  
690 Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote,  
691 sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen  
692 des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt  
693 setzen wir um und evaluieren sie.

694 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie  
695 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die  
696 Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen  
697 diskriminierungsfrei gewährleistet, sowie Beratungsangebote ausgebaut werden.  
698 Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an  
699 intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht  
700 gegenüber trans\* und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche  
701 Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen.  
702 Lücken beim Verbot sogenannter Konversionstherapien werden wir schließen und die  
703 Aufklärungsarbeit über HIV sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und  
704 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt\*innen vorantreiben.  
705 Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen  
706 Leistungen für alle und stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von  
707 Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt.

708 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für  
709 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden  
710 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von  
711 lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen  
712 dabei die Elternschaft von trans\*, inter\* und nicht binären Menschen. Wir  
713 verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.  
714 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich  
715 füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in  
716 den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ\*-  
717 Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit  
718 sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere  
719 Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

720

721 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ\* besser vor Diskriminierung auf dem  
722 Arbeitsmarkt geschützt werden.

## 723 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 724 **und eine inklusive Gesellschaft**

725 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen  
726 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,  
727 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt  
728 auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf.  
729 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab  
730 unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter  
731 Beteiligung von Selbstvertreter\*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.

732 Bürokratische Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an  
733 ihrer Teilhabe hindern, wollen wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.  
734 Damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt,  
735 müssen Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht  
736 werden.

737 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen,  
738 in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar  
739 werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei  
740 machen. Auch Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und  
741 Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen,  
742 wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem  
743 digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen. Auch Vermieter\*innen von Büro- und  
744 Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter\*innen von  
745 Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und  
746 Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung  
747 der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

748 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch  
749 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst  
750 verdienen können.. **Damit Arbeitgeber\*innen ihrer Beschäftigungspflicht**  
751 **nachkommen, schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die**  
752 **Ausgleichsabgabe an. Menschen mit Behinderung sollen wirklich selbstbestimmt**  
753 **entscheiden können, wo und wie sie arbeiten.** Das heutige ausgrenzende  
754 Werkstättensystem wollen wir schrittweise in Richtung Inklusionsunternehmen  
755 weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten,  
756 mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und existenzsichernde  
757 Rentenansprüche erwerben können. Dafür sollen sie die individuell benötigte  
758 Unterstützung erhalten. Die Reform des Werkstättensystems werden wir dabei im  
759 engen Dialog gemeinsam mit den Werkstätten und Betroffenen gestalten. Hürden bei  
760 Eintritt und Rückkehr ins Berufsleben sowie bei der Qualifizierung beseitigen  
761 wir. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass in den Bundesverwaltungen  
762 Modellprojekte für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen  
763 über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geschaffen werden. EU-Mittel sollen nicht  
764 in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention  
765 entgegenstehen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir durchlässiger gestalten  
766 und hierbei Fehlanreize beseitigen.

767

768 Das Bildungssystem ist von Anfang an inklusiv auszugestalten. Die Kosten für  
769 dafür notwendige Unterstützung müssen übernommen werden. Auch die inklusive Aus-  
770 und Weiterbildung wollen wir fördern. Die Peer-Beratung der Ergänzenden  
771 Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) wollen wir in allen Regionen  
772 weiterentwickeln.

773 Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene  
774 niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu  
775 Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher  
776 Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen **und die**

777 **Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung**  
778 **zu überarbeiten.** Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur  
779 Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln. Wir wollen,  
780 dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen  
781 und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten. **Dazu bedarf es einer inklusiven**  
782 **Sozialraumplanung in den Städten und Gemeinden.** Unterstützungsleistungen müssen  
783 unabhängig von Einkommen und Vermögen, einfach und schnell zur Verfügung  
784 gestellt werden. Wir wollen den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und  
785 fördern und die Beratung dazu verbessern. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht  
786 von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Wir stärken das  
787 persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung.  
788  
789 Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache besser verankern, weiter fördern und  
790 damit auch ihre Nutzer\*innen stärken. Wir wollen sie als nationale  
791 Minderheitensprache anerkennen und prüfen Wege zur Umsetzung. Wir setzen uns für  
792 die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur barrierefreien Kommunikation ein.  
793 Wir stärken die Disability Studies.

794 Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt  
795 betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt  
796 für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für  
797 Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle  
798 Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.  
799  
800 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie  
801 zum Beispiel Asthma und Allergien, stärker in den Blick, damit sie überall  
802 gleichberechtigt teilhaben können.

803 **Für lebendige Kunst und Kultur**

804 Eine freie Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen  
805 Zusammenlebens. Wir wollen ein Kulturangebot schaffen, das so vielfältig ist wie  
806 das Land selbst und allen Menschen Zugang bietet. Gegen antidemokratische  
807 Bewegungen, die einen ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft  
808 führen, arbeiten wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der  
809 Künstler\*innen und ihrer diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik,  
810 Theater, Tanz oder bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club  
811 oder Oper, ob öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und  
812 Kreativwirtschaft. Indem wir ein Staatsziel Kultur in ihrer Vielfalt im  
813 Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und Kultur umfassend und in der Breite.  
814 Damit Kultur allen unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich ist, bauen wir die  
815 kulturelle Infrastruktur aus. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, den  
816 wir mit Programmen wie Aller.Land adressieren. Kulturpolitik wollen wir auf  
817 Bundesebene auch institutionell stärken und besser vernetzen.

818 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und  
819 Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen  
820 beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von

821 Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus.

822

823 Die großen Bundeskulturinstitutionen sind ein Stabilitätsanker der  
824 Kulturlandschaft, und wir wollen sie weiter öffnen. Es kommt darauf an, die  
825 Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb werden wir  
826 den Kulturpass verstetigen und prüfen, ihn auszubauen. Mit ihm erhalten  
827 Jugendliche ein Guthaben, um Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir  
828 damit die Nachfrage und unterstützen verschiedene Kulturanbieter in Stadt und  
829 Land.

830

831 Durch die Green Culture Anlaufstelle, die wir erfolgreich gestartet haben,  
832 unterstützen wir unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit den Ländern auf ihrem Weg  
833 in den nachhaltigen Betrieb - mit Beratung und Förderung.

834 Kulturproduzent\*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir  
835 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Wir wollen die  
836 Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir  
837 Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die  
838 begonnene Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche  
839 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung  
840 werden wir abschließen. Hier und in anderen kulturellen Förderungen wollen durch  
841 geeignete Richtlinien dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Diversität in  
842 der Kultur angemessen repräsentiert wird. Den Games-Standort Deutschland stärken  
843 wir mit einer steuerlichen Games-Förderung, die bestehende gezielte Förderungen  
844 ergänzt. Dabei nehmen wir auch die Rahmenbedingungen für Ausbildung & Studium,  
845 Entwicklung, Produktion, öffentliche Sichtbarkeit und deren Zusammenspiel in den  
846 Blick und achten auf relevante Anliegen aus der Games-Community. Für die kleinen  
847 Verlage werden wir eine Verlagsförderung einführen und das Kulturgut Buch  
848 schützen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds)  
849 hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung  
850 und Wissensvermittlung. Wir wollen den jüdischen Kulturfonds verstetigen, der  
851 die Arbeit jüdischer und israelischer Künstler\*innen unterstützt.

852

853 Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist die Vielfalt der  
854 kleinen und mittleren Kulturunternehmen wichtig für die Identität und Kultur  
855 unserer demokratischen Gesellschaft und muss deshalb durch die richtigen  
856 politischen Rahmenbedingungen gestärkt werden. Der zunehmenden  
857 Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung  
858 begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung  
859 von Streamingeinnahmen zu erreichen.

860 Wir wollen die soziale Lage der Künstler\*innen und Kulturproduzent\*innen  
861 nachhaltig verbessern, indem wir die Künstlersozialversicherung zukunftsfest  
862 machen, die soziale Absicherung für Soloselbstständige, hybrid Erwerbstätige und  
863 abhängig Beschäftigte verbessern und die in dieser Wahlperiode von der  
864 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten  
865 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen. Im Dialog mit  
866 betroffenen Förderern und Institutionen werden wir auf gute finanzielle

867 Rahmenbedingungen für deren Umsetzung hinarbeiten. Digitale Plattformen, die von  
868 den Inhalten von Kreativen profitieren, sollen sich an der  
869 Künstlersozialversicherung beteiligen.

870 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von  
871 Künstler\*innen kämpfen. Die Entwicklungen von KI wirken sich auf jede Sparte der  
872 Kulturproduktion aus und eröffnen auch hier neue Spielräume. Wir werden die  
873 Auswirkungen von KI auf den Kulturbereich, besonders im Hinblick auf faire  
874 Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Persönlichkeitsrechte, Datenschutzvorgaben  
875 und Urheberrecht prüfen. Wir wollen bei der Verwendung urheberrechtlich  
876 geschützter Daten für KI-Systeme erreichen, dass Urheber\*innen ihre Rechte und  
877 Vergütungsansprüche zum Beispiel durch Lizenz- oder Abgabenmodelle künftig  
878 durchsetzen können. Wir fordern Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von KI  
879 und eine bessere Erkennbarkeit.

880

881 Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zur Medienkompetenz und damit zu  
882 unserer Demokratie. Sie ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig von  
883 der sozialen Lage. Wir stärken analoge und digitale Bibliotheksangebote mit  
884 erweiterten Öffnungszeiten und finden Möglichkeiten, dass Bibliotheken Bücher  
885 unter Wahrung der Interessen der Urheber\*innen analog zum physischen Verleih  
886 auch per E-Lending verleihen können.

### 887 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

888 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus  
889 unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte  
890 Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und  
891 ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir  
892 uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden  
893 Humanität und Ordnung.

894 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften  
895 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort  
896 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um  
897 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein  
898 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem  
899 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim  
900 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit  
901 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach  
902 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung  
903 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu  
904 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,  
905 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die  
906 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine  
907 echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu  
908 Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne  
909 Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.  
910 Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der

911 Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die  
912 Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum  
913 Beispiel die Generation der Gastarbeiter\*innen –, ein dauerhaftes Band  
914 rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass z.B.  
915 auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und  
916 schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu  
917 erhalten. Es darf keine Staatsbürger\*innen erster und zweiter Klasse und auch  
918 keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf  
919 die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache  
920 Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von  
921 deutschen Staatsbürger\*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres  
922 Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren  
923 Kindern.

924 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie  
925 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
926 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
927 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des  
928 „Spurwechsels“ und gestalten ihn sinnvoll aus. Außerdem braucht es für beides –  
929 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente und eine verlässliche  
930 Finanzierung der Integration. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele  
931 gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte  
932 Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark  
933 entlastet. Es ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Wir wollen  
934 eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen  
935 wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen  
936 und ein beratendes Gremium mit Expert\*innen aus Wissenschaft, Forschung, der  
937 kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

938 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen  
939 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft sich  
940 einzubringen an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft  
941 funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.  
942 Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo  
943 es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der  
944 Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die  
945 Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige  
946 überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen  
947 mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell  
948 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und  
949 qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft  
950 zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für  
951 Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim  
952 Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum  
953 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die  
954 Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen  
955 von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen.  
956 Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft

957 ausziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen  
958 berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere  
959 Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und  
960 jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die  
961 Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell  
962 sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen  
963 vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die  
964 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
965 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
966 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie  
967 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet.

968

969 Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die  
970 Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und  
971 Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz  
972 ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass  
973 keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt.  
974 Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen  
975 Zugang ermöglichen.

976 Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.  
977 Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen,  
978 wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.  
979 Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt  
980 und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen  
981 und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den  
982 Arbeitsmarkt zu bringen.

983 Wenn sich Arbeitgeber\*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht  
984 mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch  
985 Arbeitgeber\*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen  
986 arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht  
987 aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für  
988 Arbeitgeber\*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre nicht-reguläre  
989 Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute  
990 Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem  
991 Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven  
992 bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung  
993 ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.

#### 994 **Für ein Land, das Schutz bietet**

995 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die  
996 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich  
997 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die  
998 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen  
999 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher  
1000 und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer  
1001 nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen

1002 Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein,  
1003 dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.  
1004 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute  
1005 Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind  
1006 historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen  
1007 besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag  
1008 leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur  
1009 Klimaanpassung und klimabedingter Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen  
1010 geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.  
1011 Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

1012 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.  
1013 Wir verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren  
1014 völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem  
1015 subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen  
1016 zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die  
1017 Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen  
1018 reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zu  
1019 Lasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

1020 Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen  
1021 und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen  
1022 und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs  
1023 wollen wir beschleunigen und auf Sprachnachweise im Rahmen der  
1024 Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

1025 Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur  
1026 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten  
1027 Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder  
1028 Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire  
1029 Verfahren.

1030 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer  
1031 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen  
1032 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem  
1033 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
1034 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht  
1035 in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder  
1036 völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und  
1037 Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den  
1038 Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch  
1039 legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen  
1040 nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.

## 1041 **Für eine europäische und internationale Flucht- und** 1042 **Migrationspolitik**

1043 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit  
1044 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in  
1045 Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.



1046 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der  
1047 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration  
1048 einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen  
1049 wir, wie jedes Recht, auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um.  
1050 Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass  
1051 Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend  
1052 gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts  
1053 stattfinden.

1054

1055 Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den  
1056 Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring  
1057 und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die  
1058 Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien  
1059 der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gesetzlich geregelt wird und  
1060 die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend  
1061 finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein  
1062 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,  
1063 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die  
1064 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen  
1065 oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.  
1066 Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen.  
1067 Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention  
1068 untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

1069 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
1070 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
1071 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
1072 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
1073 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende  
1074 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
1075 ablenken.

1076

1077 Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt-  
1078 und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige  
1079 Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere  
1080 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig  
1081 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und  
1082 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte  
1083 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige  
1084 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker  
1085 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch  
1086 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete  
1087 und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig  
1088 reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen  
1089 Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig  
1090 migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die

1091 durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen  
1092 Verbindungen zwischen Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

1093 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe –  
1094 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins  
1095 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für  
1096 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen  
1097 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden,  
1098 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der  
1099 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert  
1100 werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht,  
1101 beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu  
1102 kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in Europa finden.

1103 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen  
1104 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen-  
1105 Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist  
1106 das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in  
1107 den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler  
1108 unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir  
1109 deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer  
1110 nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen  
1111 und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

1112

1113 Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
1114 zunehmend von europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die  
1115 europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich  
1116 weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von  
1117 Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen  
1118 beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex  
1119 und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer  
1120 solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische  
1121 Unterstützung.

1122 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss  
1123 enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich  
1124 koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht  
1125 erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der  
1126 Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns  
1127 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns  
1128 für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

1129 Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten  
1130 wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre  
1131 Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen. Wir  
1132 wollen weiterhin Verantwortung für Afghan\*innen übernehmen, die wegen ihrer  
1133 Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches  
1134 Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben sind. Für Ortskräfte und  
1135 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler\*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,

1136Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch  
1137erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen,  
1138denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel  
1139das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund,  
1140Ländern, Städten und Gemeinden.

## 1141 **B. Ein Leben in Sicherheit**

### 1142 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

1143Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig  
1144wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben  
1145können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Die beste Form der  
1146Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute  
1147Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag  
1148zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine  
1149wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung.  
1150Engagierte Polizist\*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben  
1151und unsere Bürger\*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

1152Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass  
1153sie das Personal, die Technik, Know-How und auch die verfassungskonformen  
1154Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die  
1155gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz  
1156werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.  
1157Dazu zählt, dass wir polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken.  
1158Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken. Wir  
1159bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger\*innenrechten in Einklang  
1160und adressieren die Ursachen von Kriminalität.

1161Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen  
1162Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.  
1163Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss  
1164hier technisch mithalten können.

1165Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick  
1166behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen  
1167Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich  
1168verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken  
1169werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute  
1170Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere  
1171polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung  
1172polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir  
1173reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.

1174Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist\*innen in Zukunft schwieriger  
1175wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als  
1176Verfassungsfeind\*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an  
1177legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen.

1178 Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im  
1179 häuslichen Bereich. **Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer**  
1180 **zu viel.** Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und  
1181 anderer gefährlicher Waffen, wie SRS-Waffen, weiter einschränken und hierfür das  
1182 Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem  
1183 Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des  
1184 Waffenrechts, wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und  
1185 Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir  
1186 entschieden vor.

1187 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei  
1188 ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes  
1189 haben wir eine Anlaufstelle für Polizist\*innen und Bürger\*innen geschaffen, die  
1190 wir stärken und weiterentwickeln wollen. Dadurch verbessern wir auch die  
1191 Arbeitsbedingungen für Polizist\*innen. Als ausführendes Organ des staatlichen  
1192 Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung. Mit einem  
1193 Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für Kontrollen darlegt, wollen wir  
1194 polizeiliches Handeln transparenter machen. Dabei wollen wir polizeiliche  
1195 Kontrollbefugnisse so ausgestalten, dass diese rechtssicher angewandt werden  
1196 können. Zudem führen wir für die Bundespolizei eine anonymisierte  
1197 Kennzeichnungspflicht ein. In der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität  
1198 sensibilisieren und eine gute Fehlerkultur entwickeln. Polizeiliches Handeln und  
1199 Einstellungsmuster sind in Deutschland vergleichsweise wenig erforscht. Deshalb  
1200 wollen wir die Polizei stärker für wissenschaftliche Forschung öffnen. Den  
1201 Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus  
1202 nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und  
1203 Betroffenen verbessern.

1204 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr  
1205 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen  
1206 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die  
1207 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt  
1208 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

### 1209 **Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 1210 **Kriminalität**

1211 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.  
1212 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland  
1213 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu  
1214 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine  
1215 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale  
1216 Drogenhandel sowie der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Der Schaden  
1217 für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle Gruppierungen legale  
1218 Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder den Immobilienhandel  
1219 unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

1220 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen  
1221 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die

1222Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund  
1223und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte  
1224Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die  
1225Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf  
1226Strukturermittlungsverfahren legen können. Die wissenschaftliche Forschung im  
1227Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch internationale  
1228Kooperationen werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen  
1229oder den Einsatz von Kontaktbeamt\*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der  
1230EUSTA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten  
1231Kriminalität ausweiten.

1232Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen  
1233wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er  
1234ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen  
1235kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und  
1236durch eine stärkere politische Befassung gelingen und muss auf Prävention und  
1237Aufklärung setzen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer unabhängigen  
1238zivilgesellschaftlichen Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität ein.

### 1239 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 1240 **Steuerbetrug**

1241Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden  
1242Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem  
1243stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten  
1244Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu  
1245einer Finanzpolizei ausbauen. Dieses soll jährlich über seine Ermittlungserfolge  
1246berichten.

1247Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.  
1248Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch  
1249kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Dafür wollen wir auch die  
1250Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Die Einführung der administrativen  
1251Vermögensermittlung wollen wir prüfen. Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig  
1252und ambitioniert umsetzen und dabei auch die Forderungen des Europäischen  
1253Parlamentes berücksichtigen. Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die  
1254Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder  
1255nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld mithilfe  
1256komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln wir das  
1257Transparenzregister für Unternehmen weiter und stärken die internationale  
1258Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden.

1259Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere  
1260Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit  
1261Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum oder organisierte Steuerkarusselle der  
1262Vergangenheit angehören. Dafür stärken wir die Finanzaufsicht und gewährleisten  
1263zuverlässige Prüfungen. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur  
1264Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität wollen wir deutlich steigern.  
1265Dazu werden wir die Behörden so ausstatten, dass frühzeitige Ermittlungen

1266sichergestellt werden können und somit eine Verjährung von Steuerstraftaten  
1267verhindert wird. Mehr Transparenz zu Unternehmenssteuern und - oft  
1268verschachtelten und verschleierte - Eigentumsverhältnissen und bessere  
1269Kapazitäten im Steuervollzug helfen dabei. Wir wollen die Heraufstufung von  
1270bestimmten Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung zu einem Verbrechen  
1271prüfen.

## 1272 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

1273Menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien – egal ob politisch  
1274oder religiös motiviert – säen Hass, spalten unsere Gesellschaft und sind der  
1275Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil sich die Erscheinungsformen stetig  
1276wandeln und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer werden, müssen wir  
1277ihnen aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente entsprechend  
1278anpassen. Gerade junge Leute radikalieren sich heute vermehrt im digitalen  
1279Raum. Es braucht passgenaue Medienbildung für unterschiedliche Zielgruppen, um  
1280der Radikalisierung in allen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1281Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus  
1282aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz geteilt.  
1283Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen  
1284Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage  
1285durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen  
1286für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegentreten.

1287Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren.  
1288Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und  
1289Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für  
1290Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für  
1291Aussteiger\*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme  
1292für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft  
1293mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

1294Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt,  
1295intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der  
1296Staat muss sicherstellen, dass Verfassungsfeind\*innen keine öffentlichen Ämter  
1297bekleiden und weder in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen noch in  
1298Sicherheitsbehörden oder Bundeswehr tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere  
1299Prüfverfahren. Verfassungsfeind\*innen dürfen nicht an Waffen gelangen und müssen  
1300konsequent entwaffnet werden. Hierfür nehmen wir insbesondere die rechtsextreme  
1301Szene in den Blick. Wir treten dafür ein, dass eine Vorurteilsmotivation bei  
1302Straftaten konsequent berücksichtigt und hierfür geprüft wird, ob rechtliche  
1303Anpassungen notwendig sind.

1304Wir werden den neuen und komplexen Gefahren durch Investitionen in unsere Innere  
1305Sicherheit begegnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den  
1306Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend  
1307Personal und Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie  
1308Terrorist\*innen ausfindig machen und Anschlägepläne frühzeitig aufdecken können.  
1309Wir ergreifen Maßnahmen, um es den Behörden zu ermöglichen Finanzströme

1310extremistischer Gruppierungen aufdecken und trockenlegen zu können. Top-  
1311Gefährder\*innen müssen länderübergreifend stets im Blick der Sicherheitsbehörden  
1312sein, lückenlos überwacht und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgt  
1313werden. Damit das gelingt, muss europaweit einheitlich klar sein, wen wir als  
1314Gefährder\*innen in den Blick nehmen.

1315Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern  
1316engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –  
1317mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.  
1318Es muss sichergestellt sein, dass Informationen die zuständigen Behörden  
1319frühzeitig erreichen. Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle  
1320notwendigen Befugnisse haben, um Terrorismus effektiv und zielgerichtet zu  
1321bekämpfen. Die Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir analysieren  
1322und umsetzen. Aktionismus stellen wir eine verantwortungsvolle  
1323Sicherheitspolitik entgegen. Die wissenschaftliche Untersuchung über  
1324Entwicklungen von Phänomenbereichen werden wir stärker in die Sicherheitspolitik  
1325einbeziehen.

1326Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme  
1327und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden  
1328viele Fehler gemacht. Daher wollen wir die Unterstützung für die Opfer von  
1329Terrorismus und deren Angehörige vom Staat weiter stärken und finanziell  
1330absichern. wird. Damit sie eine zuverlässige Anlaufstelle haben, haben wir das  
1331Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir wollen die Aufarbeitung von  
1332Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen gedenken.

### 1333 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

1334Extremwetterereignisse oder Katastrophen: Außerordentliche Ereignisse können das  
1335Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen  
1336vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden  
1337Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

1338Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können  
1339dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit  
1340rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen  
1341Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der  
1342freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen  
1343unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen, der  
1344Gleichstellung der Ehrenamtlichen bei Einsätzen oder Ausbildung oder  
1345Erleichterungen für Ehrenamtliche. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aktiv  
1346in den Bevölkerungsschutz einbeziehen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass  
1347vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt  
1348werden.

1349Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße  
1350Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und eine fortschrittliche Ausbildung. Wir werden  
1351weiter in den Bevölkerungsschutz investieren. Dazu zählt eine ausreiche  
1352Materialreserve und der Fähigkeitsausbau für CBRN-Gefahren. Wir schaffen  
1353verlässliche digitale Systeme, eine morderne Cyberhilfe und bauen die

1354Warninfrastruktur aus . Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das  
1355Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen  
1356bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.

1357Wir bauen die länderübergreifenden Katastrophenschutzübungen anhand von  
1358Risikoszenarien aus und ergänzen diese durch einen stärkeren und praktischen  
1359Einbezug der Hilfsorganisationen. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung  
1360stärken wir, indem wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und Angebote  
1361für alle Menschen in der Krisenvorsorge anbieten. Darüber hinaus wollen die  
1362Ertüchtigung vorhandener Schutzbauten prüfen. Die Zeitenwende muss sich auch im  
1363Bevölkerungsschutz widerspiegeln.

### 1364 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

1365Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder  
1366Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren  
1367Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit  
1368stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen  
1369Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen  
1370gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in  
1371Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und  
1372Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge  
1373an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie  
1374verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Wir setzen  
1375Staaten etwas entgegen, die mit gezielten Aktionen im Graubereich feindliche  
1376Angriffe auf uns durchführen. Dafür wollen wir neue völkerrechtliche Instrumente  
1377vorantreiben, die den Schutz globaler Infrastruktur gewährleisten. Für uns ist  
1378ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen  
1379Sicherheitsstrategie verankert haben.

1380Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine  
1381wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend  
1382eine solide Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren frühzeitig erkennen und  
1383bewältigen können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden wir in der  
1384Spionageabwehr und den Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so  
1385aufstellen, dass sie besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen  
1386können. Wir wollen, dass das BfV stärker wissenschaftliche,  
1387zivilgesellschaftliche und öffentliche Quellen in seine Analyse einbezieht.  
1388Dafür wollen wir auch die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu  
1389verfassungsfeindlichen Bestrebungen stärken und fördern. Den Militärischen  
1390Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und  
1391die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische  
1392Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen  
1393Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde  
1394Nachrichtendienste und eine effektive parlamentarische Kontrolle.

1395Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben  
1396wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer  
1397Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere



1398 Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere  
1399 Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz  
1400 wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische  
1401 Investor\*innen schließen. Für die KRITIS-Betreiber\*innen wollen wir  
1402 Beratungsangebote für Schutzmöglichkeiten stärken.

### 1403 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

1404 Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch  
1405 Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu  
1406 beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive  
1407 Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und  
1408 die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen  
1409 entwickeln wir Maßnahmen in einer bundesweiten Strategie gegen Desinformation  
1410 weiter und beziehen hierbei Wissenschaft und zivilgesellschaftliche  
1411 Organisationen ein. Es braucht es wachsame Institutionen und verlässliche  
1412 Informationen, beispielsweise durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die  
1413 Menschen bei der Erkennung von Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in  
1414 anderen demokratischen Gesellschaften, wie wichtig es ist, unabhängige Stellen  
1415 zu haben, die Deepfakes, groß angelegte und gesteuerte Kampagnen mit  
1416 Falschnachrichten und andere, die Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig  
1417 erkennen. Die großen Medienplattformen werden wir auch auf Ebene der EU in die  
1418 Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation  
1419 vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im Auftrag eines  
1420 fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden systematische  
1421 Desinformation bekämpfen. Dafür nehmen wir auch das manipulierende und  
1422 künstliche Verbreiten von entsprechenden Inhalten z.B. durch Bots in den Blick.  
1423 Den Kauf oder das Anbieten von Likes oder Followern auf Online-Plattformen  
1424 wollen wir als unlautere Geschäftspraktik untersagen. Wir stärken die effektiven  
1425 Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum, um gegen  
1426 Organisierte Kriminalität und Hasskriminalität vorgehen zu können und bei  
1427 anonymisierten Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können,  
1428 Strafverfolgung mit der Login-Falle und durch Gerichte angeordnete  
1429 Accountsperrern zu ermöglichen. Wir werden Maßnahmen gegen Plattformen ergreifen,  
1430 die durch autoritäre Staaten genutzt werden, um systematische Desinformation zu  
1431 verbreiten.

1432 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und  
1433 unabhängige Berichterstattung und kann daher durch die Beachtung höchster  
1434 journalistischer Standards ein Punkt der Orientierung auch im Angesicht von  
1435 Desinformationskampagnen und Falschmeldungen sein. Es ist wichtig, dass er diese  
1436 bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen und weiterentwickeln kann. Die  
1437 dafür nötigen Reformen sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und  
1438 verlässlichen Rahmenbedingungen und beziehen uns bei der Ausgestaltung unter  
1439 anderem auf die Vorschläge der KEF. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine  
1440 Plattform, die länderübergreifend u.a. die öffentlich-rechtlichen  
1441 Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht und eine Alternative zu  
1442 den derzeitigen, rein kommerziellen Angeboten darstellt.

1443 Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200  
1444 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Auch  
1445 Wissenschaftseinrichtungen geraten zunehmend ins Visier. Diese Angriffe kommen  
1446 hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir werden  
1447 mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und  
1448 widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in der  
1449 Informationstechnik muss eine stärkere und unabhängige Rolle beim Schutz  
1450 digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser  
1451 Ziel ist es, digitale Netze und Einrichtungen durch wirksame IT-  
1452 Sicherheitsmaßnahmen robust gegen Hackerangriffe zu machen. Wir wollen die  
1453 rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale Botschaften“  
1454 schaffen. Damit wollen wir relevante öffentliche Datenbanken absichern, um sie  
1455 auch in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur  
1456 Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen. Wir wollen Personen, die  
1457 strukturiert nach Sicherheitslücken im Interesse der Allgemeinheit suchen,  
1458 Rechtssicherheit und Unterstützung geben.

### 1459 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

1460 Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und  
1461 Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue  
1462 verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten  
1463 Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür  
1464 braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte  
1465 Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu  
1466 begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;  
1467 sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für  
1468 Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den  
1469 Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates, und unserer Lebensgrundlagen  
1470 zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik  
1471 sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer  
1472 integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

1473 Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir  
1474 in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer\*innen verteidigen seither  
1475 Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen  
1476 die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit  
1477 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die  
1478 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für  
1479 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch  
1480 weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre  
1481 Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im  
1482 Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns.  
1483 Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt  
1484 sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der  
1485 Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden  
1486 interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die  
1487 Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen

1488 die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins  
 1489 Zermürbungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere  
 1490 Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung  
 1491 grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.

## 1492 **C. Eine starke Europäische Union**

### 1493 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

1494 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren  
 1495 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den  
 1496 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und  
 1497 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch  
 1498 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische  
 1499 Friedensordnung, von innen durch Extremist\*innen und Populist\*innen. Deshalb  
 1500 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen  
 1501 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein  
 1502 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach  
 1503 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit  
 1504 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die  
 1505 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb  
 1506 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und  
 1507 Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa zu festigen. Um positive Anreize  
 1508 zu setzen für Kandidatenländer, die echte demokratische Reformen umsetzen,  
 1509 setzen wir uns für sichtbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess ein. Parallel  
 1510 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen  
 1511 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.  
 1512 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.

1513 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen  
 1514 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das  
 1515 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in  
 1516 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen  
 1517 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume  
 1518 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:  
 1519 keine EU-Gelder für Antidemokrat\*innen. Wir setzen uns im Rahmen der  
 1520 Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so  
 1521 über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und  
 1522 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern.

1523 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische  
 1524 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen  
 1525 bekommen und in allen Politikfeldern mit dem Rat gleichberechtigt Gesetze  
 1526 beschließen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale  
 1527 Listen gewählt werden. Bürger\*innen sollen breiter und effektiver beteiligt  
 1528 werden. Dafür wollen wir die Europäische Bürgerinitiative und Europäische  
 1529 Bürger\*innenforen stärken.

## 1530 **Für eine handlungsfähige EU**

1531 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem  
1532 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der  
1533 Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier\*innen, sofern alle  
1534 Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen  
1535 und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen, demokratischen Kräfte z.B. in  
1536 Georgien, Serbien und anderen Ländern mit Beitrittsperspektive. Wir unterstützen  
1537 solche Initiativen, die zentral sind, um diesen Ländern eine Zukunft in der EU  
1538 zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen  
1539 wir in ihrem Kampf gegen Destabilisierung durch Russland und anderen  
1540 Bedrohungen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine  
1541 Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften Kurswechsel bei  
1542 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz voraus. Wir wollen die  
1543 vielfältigen Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und Europa stärken und  
1544 die türkische Zivilgesellschaft unterstützen.

1545 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende  
1546 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der  
1547 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und  
1548 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen  
1549 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, wollen wir im Rahmen der in den  
1550 EU-Verträgen festgelegten "Verstärkten Zusammenarbeit" vorgehen die stets  
1551 offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit Frankreich und Polen wollen  
1552 wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir so stark in die deutsch-  
1553 französische Kooperation und das Weimarer Dreieck investiert. Eine Reihe der  
1554 Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf einer Änderung der EU-Verträge.  
1555 Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, einen Verfassungskonvent einzuberufen.  
1556 Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener Verfassung.

1557 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb  
1558 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend  
1559 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der  
1560 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation  
1561 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.  
1562 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus und andere Austausch-  
1563 und Bildungsprogramme, Forschungsk Kooperationen oder eine gemeinsame europäische  
1564 Asylpolitik werden wir stärken. Außerdem braucht es verbindliche Ziele für den  
1565 Klima- und Naturschutz, eine starke soziale Säule sowie Investitionen in den  
1566 wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die europäische Resilienz und  
1567 internationale Zusammenarbeit. Für zivilgesellschaftliche Akteure und  
1568 Unternehmen muss es einfacher werden, auf EU-Fördermittel zuzugreifen.

1569 Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen  
1570 die finanzielle Ausstattung der EU durch ein Anwachsen des EU Finanzrahmens und  
1571 neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen, die durch europäische Instrumente  
1572 entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Sollten die USA die  
1573 globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr  
1574 umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer

1575ein. Investitionen mit höchster Priorität für unsere Sicherheit, unseren  
1576Wohlstand, den sozialen Frieden und den Klimaschutz wollen wir mit den  
1577Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Finanzierungsoptionen gemeinsam  
1578stemmen. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich auch gemeinsame  
1579europäische Anleihen bewährt, etwa im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

## 1580 **D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung**

### 1581 **Für eine aktive Außenpolitik**

1582Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung  
1583übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.  
1584Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken  
1585Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,  
1586in einer stabilen Welt.

1587Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU  
1588als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir  
1589haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren  
1590europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam  
1591stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die  
1592Ukrainer\*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die  
1593Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.  
1594Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile  
1595Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland  
1596grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

1597Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit  
1598in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem  
1599autoritären und zunehmend totalitären Russland von heute. Das gewaltsame  
1600Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die  
1601imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen,  
1602ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und  
1603sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern,  
1604den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene  
1605Handlungsfähigkeit wahren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen  
1606Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die  
1607Atomwirtschaft.** Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre  
1608Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in  
1609die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den  
1610Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerten rechtssicher für die  
1611Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen  
1612Russ\*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft  
1613glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch  
1614die belarussische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem  
1615Kampf gegen die Lukaschenka-Diktatur bestmöglich unterstützen.

1616Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz  
1617aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der  
1618USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,

1619 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA  
1620 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische  
1621 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und  
1622 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1623 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf  
1624 vielfältige und starke Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen Süden.  
1625 Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und  
1626 Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf gegenseitigem  
1627 Vertrauen und Transparenz sowie gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir  
1628 auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den Einsatz für  
1629 Menschenrechte weltweit, für globale Herausforderungen wie den Kampf gegen den  
1630 Klimawandel und in der systemischen Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1631 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen  
1632 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu  
1633 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch  
1634 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-  
1635 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der  
1636 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent gemeinsam mit  
1637 unseren europäischen Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch  
1638 das sogenannte De-Risking: wir wollen einseitige und risikoreiche Abhängigkeiten  
1639 von China abbauen und unsere Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um  
1640 wirtschaftliche Stabilität und politische Handlungsfreiheit langfristig zu  
1641 gewährleisten. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im  
1642 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel, Klima,  
1643 Wissenschaft und Technologie. Im Rahmen der Ein-China-Politik betrachten wir  
1644 Taiwan als wichtigen demokratischen Wertepartner und wollen den Austausch  
1645 intensivieren. Eine Änderung des Status quo in der Taiwan-Straße darf nicht  
1646 gegen den Willen Taiwans erfolgen.

1647 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
1648 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem  
1649 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
1650 unverhandelbar. Daraus folgt das Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts  
1651 gegen Angriffe zu verteidigen. Wir stehen ein für die Sicherheit von Israelis  
1652 und Palästinenser\*innen.

1653

1654 Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror  
1655 gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und  
1656 Palästinenser\*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte  
1657 Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns  
1658 ein. Deswegen verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne der  
1659 israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der  
1660 Palästinenser\*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

1661

1662 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre  
1663 Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale

1664ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die  
1665von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung  
1666geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem  
1667Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele  
1668Zivilist\*innen haben ihr Leben verloren, was auch Teil des zynischen Kalküls der  
1669 Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist\*innen versteckt hatten. Der  
1670Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen  
1671an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in  
1672Trümmern.

1673

1674Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten  
1675eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich  
1676umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann.  
1677Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für  
1678Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die konsequente Umsetzung  
1679von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon  
1680ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

1681

1682Israel muss sich und seine Bürger\*innen gegen den Terror der Hamas sowie die  
1683Raketen des iranischen Regimes und seinen Stellvertretern in der Region  
1684verteidigen können. Doch das ist kein Blankoscheck für Rüstungsexporte. Bei  
1685jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu  
1686beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen  
1687ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.

1688Das Assad-Regime ist für Jahrzehnte von Unterdrückung, Folter, Mord und  
1689Vertreibung verantwortlich. Diese dunkle Phase der syrischen Geschichte endet  
1690mit seinem Fall. Viele Syrer\*innen hoffen nun auf ein Leben in Frieden und  
1691Freiheit. Auf diesem Weg unterstützen wir sie, im Rahmen der EU und der UN: für  
1692einen friedlichen und demokratischen Transformationsprozess, der alle  
1693Syrer\*innen, gleich welchen Glaubens, welcher Ethnie und welchen Geschlechts am  
1694politischen Prozess beteiligt, ihnen Rechte gewährt und Schutz bietet. Dabei  
1695müssen alle Bevölkerungsgruppen inklusive Kurden, Jesiden, Drusen, Alawiten und  
1696Christen berücksichtigt werden. Um einen solchen Prozess zu ermöglichen,  
1697erwarten wir von den Nachbarstaaten, das Selbstbestimmungsrecht, die  
1698Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu achten.

1699

1700Für eine friedliche und inklusive Zukunft Syriens ist es wichtig, dass schwerste  
1701Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen  
1702gegen die Menschlichkeit müssen - auch in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip  
1703- aufgearbeitet und Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

1704

1705Wir werden unseren Beitrag leisten, damit Syrien ein stabiles, freies und  
1706friedliches Land wird, in das Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben,  
1707sicher und selbstbestimmt zurückkehren können. Dazu gehört, dass wir weiter  
1708humanitäre Hilfe leisten, den Wiederaufbau fördern und bestehende EU-  
1709Wirtschaftssanktionen abbauen, um einen Neuanfang in Syrien und nachhaltige

1710 Stabilität in der Region zu unterstützen. Wir bieten den Menschen, die in den  
1711 letzten Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, eine verlässliche Perspektive.  
1712 Viele wollen aktiv bei diesem Wiederaufbau mitwirken. Wir unterstützen sie  
1713 dabei, indem wir bürokratische Vorgaben reduzieren, die ihnen dabei bisher im  
1714 Wege stehen, ohne dass sie in der derzeitig noch volatilen Lage ihren  
1715 Aufenthaltstitel verlieren. Denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich  
1716 Syrien entwickelt. In dieser unklaren Lage, halten wir die übereilten  
1717 Forderungen nach Rückführungen für falsch.

1718

1719 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land  
1720 und destabilisiert die ganze Region, unter anderem durch Stellvertreter wie  
1721 Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die  
1722 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre  
1723 Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den  
1724 iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen  
1725 wir uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-  
1726 Ebene ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem  
1727 weiter gemeinsame diplomatische Anstrengungen, um die Freilassung der politisch  
1728 Gefangenen zu bewirken und die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.  
1729 Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um das JCPoA ziehen.

1730

1731 Der Krieg in Sudan hat zu einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit  
1732 geführt. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die  
1733 Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückkehren und humanitären Zugang  
1734 ermöglichen. Nur so kann die Hungersnot beendet werden. Wir leisten humanitäre  
1735 Hilfe, unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und nutzen die uns im  
1736 Rahmen der EU zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die externe  
1737 Unterstützung der Konfliktparteien einzudämmen.

1738 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und  
1739 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit  
1740 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage  
1741 dafür sind ein ressortgemeinsames Lagebild und Lagezentrum über die Bedrohungen,  
1742 Risiken und Chancen für unsere Sicherheit, wirkungsorientierte Strategien sowie  
1743 eine starke ressortübergreifende Koordination.

1744

1745 Wir wollen ein Zentrum für strategische Vorausschau schaffen, das mit Blick auf  
1746 die Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitspolitik und breiter Expertise  
1747 aus unterschiedlichsten Bereichen Zukunftsszenarien entwickelt und aus diesen  
1748 Handlungsmöglichkeiten ableitet. Mit modernen Formen der Beteiligung sollen  
1749 zudem Impulse von Bürger\*innen aufgenommen und Raum für Debatte geschaffen  
1750 werden.

### 1751 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1752 Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die  
1753 multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der  
1754 Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät



1755zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,  
1756Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine  
1757Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke  
1758des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1759Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.  
1760Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere  
1761Repräsentation der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese  
1762Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen. Bei  
1763anhaltenden Blockaden im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die  
1764Möglichkeiten der UN-Generalversammlung gemäß der Resolutionen "Uniting For  
1765Peace" und "Veto Initiative" nutzbar zu machen und so die Handlungsfähigkeit der  
1766internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Zudem wollen wir uns als Teil einer  
1767digitalen Außenpolitik in der UN und in internationalen Foren aktiv für ein  
1768globales, offenes und selbstverwaltetes Internet sowie für den  
1769verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz einsetzen.

1770Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr  
1771Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel  
1772für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt, mehrjährig vergeben, und enger  
1773mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verzahnt werden, um Herausforderungen in  
1774fragilen Kontexten gerecht zu werden, die Planbarkeit zu verbessern und Krisen  
1775nachhaltig vorzubeugen. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der  
1776humanitären Hilfe einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen  
1777weiter stärken. Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe  
1778bei der notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer\*innen geschützt sind.

1779Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft  
1780sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung  
1781zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir  
1782Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese  
1783strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale  
1784Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung  
1785aktiv vorantreiben. Wir stehen unverbrüchlich hinter dem Internationalen  
1786Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das  
1787humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.  
1788Denn niemand steht über dem Völkerrecht - es gilt überall. In enger Abstimmung  
1789mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche  
1790Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression und eine entsprechende Reform des  
1791Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

## 1792 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1793Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und  
1794eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige  
1795Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend  
1796unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die  
1797Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches  
1798Engagement, gefährden Aktivist\*innen und verfolgen Dissident\*innen – auch im

1799Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen  
1800wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark,  
1801dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch  
1802stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1803Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für  
1804Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.  
1805Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger\*innen,  
1806Journalist\*innen, Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen und Studierende vor Ort  
1807oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele  
1808Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist\*innen  
1809durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den  
1810Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen  
1811und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

1812Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis  
1813fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und  
1814Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen interessen-  
1815und wertegeleitet ausbauen. Deutschland hat eine immerwährende Verantwortung  
1816gegenüber den Ländern und Menschen, die unter der Besatzung und den Verbrechen  
1817des Nationalsozialismus unermessliches Leid erfahren haben. Mit ehemaligen  
1818deutschen Kolonien wie Namibia haben wir unter Einbeziehung der Nachfahren der  
1819Opfer den Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess vorangetrieben. Diese Schritte  
1820werden wir konsequent fortführen. Dabei möchten wir gemeinsame Wege finden,  
1821Verantwortung für unsere Vergangenheit zu übernehmen und in einem  
1822völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

1823Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und  
1824wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen  
1825Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte  
1826Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet,  
1827die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und  
1828marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen,  
1829auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen  
1830sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser  
1831unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren  
1832Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben,  
1833Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit  
1834stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen  
1835bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben ist ein  
1836Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.

1837Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen  
1838getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der  
1839Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns  
1840weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen und marginalisierten  
1841Gruppen in Afghanistan ein, die seit der Machtergreifung der Taliban schwersten  
1842Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Solange die De-facto Regierung ihren  
1843internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachkommt, kann es keine

1844Rückkehr in die internationale Gemeinschaft geben. Außerdem stehen wir an der  
1845Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid\*innen, die  
1846besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter  
1847schützen. Wir fordern die Innenminister\*innen der Länder dazu auf, einen  
1848bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid\*innen zu beschließen.

### 1849 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1850Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den  
1851europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der  
1852US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.  
1853Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in  
1854der EU zusammenarbeiten.

1855Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen  
1856notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Die sicherheitspolitische Lage und der  
1857Rückstand der deutschen Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung machen das besonders  
1858dringlich. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem  
1859Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national  
1860definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2  
1861Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und  
1862Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden  
1863Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere  
1864Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im  
1865Verteidigungsbereich zu Lasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.  
1866Wie zu Zeiten der Eurokrise und der Pandemie braucht es auch auf europäischer  
1867Ebene eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in  
1868Europa, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir  
1869auch europäische Synergieeffekte nutzen.

1870Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken  
1871und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile  
1872Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen  
1873Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
1874der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
1875(OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir  
1876dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken. Zur besseren  
1877Koordination unserer entwicklungs- sicherheits- und friedenspolitischen  
1878Maßnahmen, wollen wir diplomatische Kapazitäten in den Auslandsvertretungen  
1879gezielt aufstocken.

1880Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von  
1881Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und  
1882Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten  
1883schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und  
1884Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1885Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus  
1886Russlands noch wichtiger geworden. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung  
1887von Kernwaffen stärken und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen

1888 Organisationen sowie Überlebenden von Atomwaffenabwürfen oder -tests ausbauen.  
1889 Dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachter konstruktiv  
1890 begleitet ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und ein erster Schritt auf  
1891 dem noch langen Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt. Denn echte  
1892 Abrüstung und mehr Sicherheit für alle wird es nur geben, wenn alle Staaten  
1893 glaubhafte Schritte in diese Richtung gehen. In einer Zeit, in der Putins  
1894 Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen  
1895 Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle  
1896 Säule unserer Sicherheit.

1897

1898 Es braucht dringend neue Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und  
1899 Weltraum. Entwicklungen in diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege  
1900 geführt werden. Für uns ist klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von  
1901 letalen vollautonomen Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle  
1902 über Leben und Tod entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf  
1903 internationaler Ebene für eine Ächtung ein. **Den militärischen Einsatz von**  
1904 **Künstlicher Intelligenz wollen wir international regulieren.**

1905 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und  
1906 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem  
1907 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen  
1908 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive  
1909 Rüstungskontrolle weiterentwickeln.

### 1910 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1911 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO  
1912 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts  
1913 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –  
1914 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.  
1915 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall  
1916 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken  
1917 und von Angriffen abzuhalten. Dies muss einhergehen mit einer gesamtstaatlich  
1918 und gesamtgesellschaftlich getragenen Zivilverteidigung und Resilienz.

1919 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere  
1920 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in  
1921 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr  
1922 müssen im Rahmen des Völkerrechts und multilateral verankert sowie in ein  
1923 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische,  
1924 entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen  
1925 die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die  
1926 Evaluierung von Einsätzen verstetigen. Die Lehren und Empfehlungen der Enquete-  
1927 Kommission des Bundestages zu Afghanistan und künftigen vernetzten  
1928 Krisenengagements verdienen sorgfältige Berücksichtigung.

1929 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine  
1930 große gesellschaftliche Verantwortung und Fürsorgeverpflichtung für alle, die in  
1931 ihr dienen und dienen. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des

1932 Soldaten bzw. der Soldatin als "Staatsbürger\*in in Uniform" sowie die  
1933 Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind für uns leitend. Wir  
1934 stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet  
1935 und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger  
1936 lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer  
1937 bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit  
1938 und Unterstützung verdient.

1939 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell  
1940 und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011  
1941 ausgesetzten, allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen wollen wir den  
1942 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver  
1943 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen Personal  
1944 langfristig binden. Neben den notwendigen Investitionen braucht es auch  
1945 strukturelle Reformen. Dazu gehören etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie  
1946 und Beruf, Bürokratieabbau, eine angemessene Ausrüstung und  
1947 Fortbildungsmöglichkeiten. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es  
1948 schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der  
1949 Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus  
1950 wollen wir die Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel  
1951 machen, beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1952 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr  
1953 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern  
1954 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir  
1955 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern  
1956 abbauen und unsere technologische Souveränität durch den Ausbau europäischer  
1957 Produktionskapazitäten stärken. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame  
1958 Investitionen und den politischen Willen, um nationale industriepolitische  
1959 Interessen in den Dienst von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Angesichts  
1960 der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele unserer  
1961 Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor  
1962 Aggressionen und Krieg zu schützen. Ein bedarfsorientierter europäischer  
1963 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind deshalb zwei  
1964 Seiten einer Medaille. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik trägt zum  
1965 Schutz unser Partner bei und verhindert zugleich, dass mit deutschen und  
1966 europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische  
1967 Regimes unterstützt werden. Mit diesem Ziel wollen wir klare, transparente und  
1968 an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte  
1969 Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker  
1970 gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren  
1971 Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Bei jeder  
1972 Einzelfallentscheidung muss Deutschland seinen nationalen und internationalen  
1973 rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

## 1974 **Für globalen Klimaschutz**

1975 Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie  
1976 zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.  
1977 Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem  
1978 unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

1979 Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die  
1980 Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie  
1981 schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten.  
1982 Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik  
1983 machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere  
1984 Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

1985 Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich  
1986 für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende  
1987 beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben  
1988 gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.  
1989 Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1990 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur  
1991 internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der  
1992 internationalen Klimakonferenz COP.  
1993 Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit  
1994 unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit  
1995 den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden.  
1996 Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung  
1997 fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt  
1998 besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und  
1999 Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei  
2000 setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker  
2001 ressortübergreifend zu stärken.

2002 Entsprechend der Beschlüsse der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen  
2003 wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen.  
2004 Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große  
2005 Mengen CO<sub>2</sub> einspeichern und schützen so Biodiversität, Klima und unsere  
2006 Lebensgrundlagen gleichermaßen.

2007 Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere  
2008 Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie  
2009 die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und  
2010 Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden  
2011 und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch  
2012 Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu  
2013 gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten  
2014 aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale  
2015 Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei  
2016 der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu  
2017 Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.

**2018 Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

2019 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch  
2020 internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und  
2021 Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für  
2022 menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt  
2023 ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere  
2024 Chinas und Russlands.

2025 Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten  
2026 Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für  
2027 nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.  
2028 Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine  
2029 eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und  
2030 weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehört auch ein  
2031 Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und  
2032 der Diaspora kooperiert sowie eine starke, partizipativ orientierte  
2033 entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

2034 Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter  
2035 Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale  
2036 Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen  
2037 treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen  
2038 uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur  
2039 Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein,  
2040 um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir  
2041 gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen  
2042 Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

2043 Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir  
2044 beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und  
2045 Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken  
2046 nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer\*innen  
2047 und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen  
2048 mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit  
2049 zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und  
2050 vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir  
2051 Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die  
2052 Weltgesundheitsorganisation stärken und ein internationales Pandemieabkommen  
2053 vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten,  
2054 Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und  
2055 Wissenstransfer sowie das Teilen von geistigem Eigentum wo nötig, um diese  
2056 Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir  
2057 unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument  
2058 gegen Armut.

2059 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält  
2060 und mindestens, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
2061 Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent

2062 des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon  
2063 0,2 % für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt.  
2064 Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und  
2065 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue  
2066 Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung  
2067 des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel  
2068 mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten  
2069 Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des  
2070 Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um  
2071 neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren.  
2072 Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten  
2073 internationalen Handelns.